

DIE LINKE.

Programm zur
Stadtrats und Bürgermeisterwahl in Soest
am 13. September 2020

Für ein solidarisches Soest
Teilhabe für alle. Armut bekämpfen. Das Klima schützen!

Zur aktuellen Corona-Krise:

Solidarisch aus der Krise: Menschen vor Profite!

Unsere Position in der Corona-Krise ist eindeutig: Gesundheitsschutz ist wichtiger als die Interessen der Konzerne. Genau so eindeutig sind wir in der Forderung, dass die Maßnahmen zur Pandemie-Eindämmung sozial gerecht sein müssen.

Die aktuellen Einschränkungen und Hilfen haben einen Klassencharakter: Die Kontaktbeschränkungen treffen Arme härter als Reiche - und während die Unternehmen mit hunderten Milliarden Euro stabilisiert werden, gibt es keine Extraausgaben für Geringverdienende oder Menschen in der Grundsicherung.

Teilweise wird der Infektionsschutz als Vorwand genutzt, um politischen Protest und demokratische Grundrechte einzuschränken. DIE LINKE kämpft für demokratische Grundrechte und für soziale Gerechtigkeit bei den Maßnahmen. Wir lassen nicht zu, dass die Corona-Krise für den Abbau von Sozialstaat, Demokratie und Humanität missbraucht wird.

Die Corona-Pandemie darf nicht dazu genutzt werden, Errungenschaften wie den 8-Stunden-Arbeitstag oder den Arbeitsschutz auszuhebeln. Genauso wenig darf es zu Steuersenkungen und einer weiteren Umverteilung von unten nach oben kommen. Reiche müssen stärker an den Krisenkosten beteiligt werden als Arme.

Wir wollen einen Rettungsschirm für die Menschen - und nicht für die Konzerne!

Für mehr soziale Gerechtigkeit und Demokratie vor Ort!

Das Leben in der Kommune ist für den größten Teil der Menschen der wichtigste Bezugspunkt des persönlichen und sozialen Lebens. Wichtige Wünsche an ein gutes Leben richten sich an die Kommune: bezahlbarer und komfortabler Wohnraum, ausreichend, gute und sichere Arbeitsplätze, wenig Verkehrsbelastung und Lärm, eine intakte Umwelt und gut erreichbare Naherholungsgebiete, ein dichtes öffentliches Nahverkehrssystem mit niedrigen Fahrpreisen, gute Schulen und Kinder- und Jugendeinrichtungen, ein dichtes Versorgungsnetz im Gesundheitswesen, vielfältige Einkaufsmöglichkeiten, kurze Wege, vielfältige und bezahlbare Kultur- und Sportangebote, eine bürgernahe Verwaltung, kostengünstige und ökologische sichere Abfallentsorgung, umweltfreundliche und sichere Energieversorgung, um nur die wichtigsten zu nennen. DIE LINKE unterstützt den Wunsch nach einem guten Leben und deshalb liegt ein wesentlicher Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit in der Kommunalpolitik.

Die Wirklichkeit in den Kommunen ist leider weit von diesen Wünschen und Bedürfnissen der Menschen entfernt. Das kommunale Räderwerk soll möglichst kostengünstig verwaltet, die Europa-, Bundes- und Landesvorgaben geräuschlos umgesetzt und das gesamte Leben den Erfordernissen der Marktwirtschaft und privaten Profitinteressen untergeordnet werden. Die Kommunen werden seit Langem systematisch und per Gesetz durch den Bund und das Land finanziell ausgeblutet. Wirtschaftliche Eigenaktivität, alternative Produktionsformen und kulturelle Selbstbestimmung werden durch Gesetze und Verordnungen immer weiter zurück gedrängt im Namen des angeblichen „Sachzwangs Globalisierung“ oder dem falschen, neoliberalen Grundsatz „Privat vor Staat“.

An den Kommunalwahlen nehmen immer weniger Menschen überhaupt teil. Die größte Wählergruppe ist inzwischen die Gruppe der Nichtwähler. Das ist die Quittung für eine neoliberale Interessenpolitik. Dahinter steht aber auch die tägliche Erfahrung, dass die Kommunalpolitik den wirklich mächtigen Strukturen ausgeliefert ist: privaten Unternehmerinteressen und der Landes- und Bundesebene.

Ungerechte gesellschaftliche Verhältnisse führen zu Frustration, Ohnmachtsgefühlen und dauerhafter Wahlabstinenz. Sie sind gefährlich Brutstätten für rechtspopulistische und faschistische Demagogie. DIE LINKE ist angetreten, sich mit diesem zentralen Widerspruch nicht abzufinden. Sie unterwirft sich nicht den angeblichen Spar- und Sachzwängen, sondern kämpft für eine echte Selbstverwaltung und ein selbst bestimmtes Leben.

Für eine sozialere Stadt Soest

Sozialer Wohnungsbau im gesamten Stadtgebiet

Niemand kann ernsthaft bestreiten, dass sich die Situation unzähliger Menschen seit Einführung der „Hartz-Gesetze“ verschlechtert hat. DIE LINKE wird sich weiter dafür einsetzen, dass die Rechtsgrundlagen im Sinne der Betroffenen genutzt werden, um deren Lebensgrundlagen zu verbessern. Die Mietobergrenzen müssen deutlich nach oben angepasst werden, um der Verdrängung der Betroffenen in soziale Brennpunkte entgegenzuwirken. Auf dem hiesigen Wohnungsmarkt ist Wohnraum zu den geforderten Konditionen kaum zu realisieren, was Zwangsumzüge und die Ghettoisierung ganzer Stadtteile befördert. Die Stadt Soest ist gefordert Zwangsumzüge zu stoppen. DIE LINKE ist Ansprechpartner vor Ort und setzt sich für einen Ausbau von Beratungs- und Hilfseinrichtungen für die Betroffenen ein.

Keine Zwangs- umzüge

Der SoestPass

Pfändungsfrei- grenze als neue Obergrenze

Ein menschenwürdiges Leben darf nicht am Mangel an Kaufkraft scheitern. Deshalb sollen Güter und Dienstleistungen, die existenzielle Grundbedürfnisse aller Menschen befriedigen, im notwendigen Umfang unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. DIE LINKE fordert eine Erhöhung der Regelsätze der staatlichen Grundsicherungen, damit alle Menschen sich ohne weitere Sonderleistungen die für ein menschenwürdiges Leben erforderlichen Güter und Dienstleistungen leisten können. Um die Stigmatisierung und dem ständigen neuen Marathon zur Erlangung von Sozialtarifen und Vergünstigungen zu begegnen, setzt sich DIE LINKE ein für die Ausweitung des

Sozialpasses für Menschen mit Einkommen unterhalb des Pfändungsfreibetrages.

Das Antragsformular für den Soest Pass muss vereinfacht werden, um den Betroffenen den Zugang zu den möglichen Vergünstigungen zu erleichtern. DIE LINKE will diese Vereinfachung und die Ausweitung des Passes für mehr Personen und Haushalte erreichen. Dazu streben wir als Bemessungsgrenze das jeweils zu erreichende pfändungsfreie Einkommen an. Der Zugang zu kommunalen Einrichtungen ist kostenfrei zu stellen. Der SoestPass soll eine Ermäßigung bei VHS-Kursen, in der Musikschule usw. von mindestens 50 % bieten. Instrumente sollen an der Musikschule bei Menschen mit geringem Einkommen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Für den Zugang zum AquaFun ist ein kostengünstiger Tarif zu gestalten, der es einkommensschwachen Personen und Familien ermöglicht, diesen zu benutzen.

**Vereinfachung
des Antragsformulars für den
SoestPass**

**Freier Eintritt in
die Bäder in den
Ferienzeiten**

Mobilität für alle - eine verkehrspolitische Wende

Es ist die Aufgabe der Kommune, die Mobilität für alle Bürger*innen der Stadt sicher zu stellen. Der Öffentliche Personen Nahverkehr (ÖPNV) gehört hierzu in die Trägerschaft von Stadt und Kreis. DIE LINKE fordert eine sozialökologische Verkehrswende, d.h. die Verkehrsplanung muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden, vom schwächsten zum stärksten Verkehrsteilnehmer. Der Vorrang von Fußgänger*innen, Fahrrad, Bus und Bahn vor dem Autoverkehr muss durchgesetzt werden. Dazu soll die Innenstadt autofrei werden und der Anteil von Tempo 30 Zonen im Stadtgebiet nach und nach auf 100 % erweitert

**Engere und
aufeinander
abgestimmte
Taktung von
Bus und Bahn**

Ausbau des Linienetzes

werden. Fußgängern und Radfahrern sollen im Stadtgebiet Vorrang erhalten. Die Angebote von Bus und Bahn müssen verdichtet und besser aufeinander abgestimmt und On-Demand-Angebote entwickelt werden. Barrierefreiheit muss für alle Haltestellen erreicht werden. Der ÖPNV muss in der Taktung und im Streckennetz weiter ausgebaut und die Fahrpreise müssen deutlich gesenkt werden. Wir setzen uns für die Beschaffung von klimaneutralen Fahrzeugen im ÖPNV ein. Wir fordern ein Sozialticket für alle Personen und Haushalte mit Einkommen unterhalb der Pfändungsfreigrenze und auf lange Sicht fordert DIE LINKE einen kostenlosen ÖPNV für alle und die weitere Einschränkung von freien Parkflächen in der Innenstadt.

Höhere Einkommens- grenzen für das Sozialticket

DIE LINKE unterstützt die Steuerungsmöglichkeiten in der Parkraumbewirtschaftung der Innenstadt und setzt sich für ein abgestuftes Preissystem ein. Das Parken nördlich des Bahnhofs soll weiterhin kostenlos sein. Für Berufspendler sollen gesonderte Parkflächen und Fahrradabstellmöglichkeiten geschaffen werden.

Agrarpolitik - sozial, ökologisch, tiergerecht

Keine Massen- tierhaltung

Die jetzige Agrarpolitik, die sich ausschließlich an ökonomischen Interessen ausrichtet und daher verstärkt zu Monokulturen und Massentierhaltung mit all seinen Nebenwirkungen führt, sollte durch Einwirken der Kommunalpolitik in eine andere Richtung gelenkt werden. DIE LINKE will die Förderung einer sozialen, ökologischen und tiergerechten Landwirtschaft erreichen. Das beinhaltet keine Massentierhaltung, kein unnötiger Einsatz von Antibiotika (zur Vermeidung von Resistenzen) und kein Anbau von Energiepflanzen (siehe Abschnitt Umwelt-, Natur- und

Ökologische Landwirtschaft

Klimaschutz), denn die vorhandenen Flächen sollen nur für den Lebensmittelanbau oder als Frei- und Naturflächen genutzt werden. Das Versuchs- und Bildungszentrum Landwirtschaft „Haus Düsse“, neben der Fachhochschule Soest Fachbereich Agrarwirtschaft, sollte durch die Politik angeregt werden hier alternative, nachhaltige Konzepte zu entwickeln, die zum einen Erträge für die Landwirte sichern, aber auch soziale Aspekte beinhalten.

Sozialökologische Stadtentwicklung und sozialer Wohnungsbau

Ziel einer solidarischeren Stadtentwicklung ist für DIE LINKE eine lebenswerte und lebendige Stadt für alle. Wohnungsbau, öffentliche Einrichtungen und neue Verkehrskonzepte sind danach auszurichten. Wohnungspolitik bedeutet für uns eine an den Bedürfnissen der Bürger*innen orientierte Stadtentwicklung.

Wohnen ist für DIE LINKE ein Grundrecht. In Soest ist jahrelang zu wenig Bauland ausgewiesen worden. Als Folge daraus stiegen die Mieten stark an. Für fast alle Bevölkerungsschichten wurde preiswertes Wohnen eine Sache der Unmöglichkeit. Der Wohnungsbau und gerade auch der soziale Wohnungsbau muss fester Bestandteil der Stadtentwicklung sein und die gesamte Fläche der Stadt einbeziehen und nicht auf einzelne Stadtteile begrenzt sein. Zwei Jahrzehnte lang, kam der soziale Wohnungsbau in Soest zu kurz. Preisgünstiger Wohnraum wurde auch durch die stark steigende Zahl von Studierenden der örtlichen Hochschule aufgebraucht. Die Stadt Soest hat errechnet, dass in den kommenden Jahren jährlich 22 öffentlich geförderten Wohnungen gebaut werden müssen, um den gleichzeitig aus

**Mehr sozialer
Wohnungsbau**

Wohnungs- gesellschaften und Genossen- schaften

der Bindung entfallenden Wohnraum zu ersetzen. Dabei ist der in den Vorjahren bereits entfallene Wohnraum noch gar nicht berücksichtigt. Mit einer Quote von 25 % der Flächen für den öffentlichen geförderten Wohnungsbau will DIE LINKE dem entgegenwirken und dem sozialen Wohnungsbau die ihm nötige Priorität verschaffen. Die Stadt soll weiter eine eigene Wohnungsbau-gesellschaft betreiben und darüber Einfluss auf die negativen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt nehmen. Auch durch Abgabe von preisgünstigem subventioniertem Bauland für sozialen Wohnungsbau an willige Baufirmen und Wohnungsbaugenossenschaften, kann eine höhere Quote an Sozialwohnungen erreicht werden. Wohnungsgenossenschaften und alternative Wohnformen müssen gefördert werden.

Die Soester Innenstadt mit ihrer gewachsenen historischen Struktur muss erhalten werden und der Verdichtung und Bebauung von Garten- und Freiflächen entgegengewirkt werden. DIE LINKE setzt sich für den Erhalt der Freiflächen und privaten und öffentlichen Grünflächen ein, denn sie bilden auf ihre Weise den Charakter der Stadt und sorgen für ein angenehmes Klima. Um dem Flächenfraß in die Landschaft hinein zu bremsen, aber ausreichend Wohnraum schaffen zu können, sollen Wohnbaugebiete nur noch mindestens zwei- bis drei-geschossig bebaut werden dürfen.

Einkaufsmög- lichkeiten im Nahbereich

Die Einkaufsmöglichkeiten müssen wieder so gestaltet werden, dass in der Stadt und den Soester Dörfern der Einkauf zu Fuß oder mit dem Rad erledigt werden kann.

Umwelt-, Natur- und Klimaschutz

Klimaschutz ist auch immer eine kommunalpolitische Aufgabe. Angesichts der globalen Klimakatastrophe tritt DIE LINKE für die Ausrufung des Klimanotstands ein und dass sich die Stadt Soest das Ziel setzt bis 2035 klimaneutral zu werden. Es müssen alle Bereiche des kommunalen Handelns untersucht und darauf ausgerichtet werden, diese Ziele durch entsprechende Maßnahmen sozial gerecht zu erreichen.

Der Ausstoß von CO₂ muss gemäß den Empfehlungen des Weltklimarats IPPC (International Panel on Climate Change) so reduziert werden, dass die Erderwärmung auf 1,5 ° C begrenzt werden kann. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alles kommunalpolitische Handeln diesem Ziel untergeordnet und effektive Maßnahmen vorrangig umgesetzt werden. Die städtischen Akteure wie Stadt und Stadtwerke sollen bei Bürger*innen, sowie bei Unternehmen und Gewerbetreibende durch Information über Fördermöglichkeiten von alternative Energietechniken wie auch weiteren Anreizen dazu animiert werden, sich an der Erreichung dieses Ziels zu beteiligen. Die Entstehung von Methan und Lachgas muss verhindert werden. Neben dem CO₂ ist z.B. Methan ein 20-30 mal schädlicheres Klimagas, welches beim Anbau von Energiepflanzen wie Raps in der Soest Börde entsteht. Durch den intensiven Einsatz von Stickstoffdünger entsteht Lachgas, was 256 mal schädlicher ist als CO₂. Hier muss die Stadt nicht nur auf eigenen Flächen, sondern auch auf der Kreisebene darauf einwirken, dass dieser Anbau unterbunden wird. Auf diesen Flächen könnten stattdessen Pflanzen zur Nahrungsgewinnung und zur Erhöhung der Insektenvielfalt angebaut werden.

**Ausrufung des
Klimanotstand!**

Klimaschutz beim Wohnungsbau

Im Bereich des Städtebaus sollte in Neubaugebieten generell nur noch eine zwei- oder mehrgeschossige Bauweise mit der Vorgabe der Verwendung von Bauweisen nach ökologisch und Energie einsparenden Standards (wie zum Beispiel der KfW 55 oder KfW 40+ Standard) ermöglicht werden. Die sonstige Versiegelung von Flächen sollte nur noch auf öffentlichen Straßen zulässig sein. Statt eines Verbotes von „Steingärten“ fordert DIE LINKE eine Anpflanzpflicht von Bäumen und Sträuchern in allen Gärten und Vorgärten. Solaranlagen in der Farbe Rot sollten auch in der Soester Altstadt auf roten Dächern zulässig sein.

Günstiger Ökostrom für alle

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der Ausbau der regenerativen Energieerzeugung in der Hand der Bürger*innen und der kommunalen Stadtwerke im Stadtgebiet von Soest gefördert wird. So kann günstiger Ökostrom für alle, zu sozial fair gestaffelten Tarifen, erzeugt werden. Der Bestand von Photovoltaik- und Windkraftanlagen soll, auch in Zusammenarbeit mit den Soester Stadtwerken, gefördert und ausgebaut werden. Die Stadtwerke sind gefordert ihr Engagement in die regenerative Stromerzeugung zu verstärken und allen Bürger*innen, wie auch den Unternehmen, 100%-igen Ökostrom zu liefern. Windkraftanlagen sind eine der effektivsten Möglichkeiten bei der Stromerzeugung - sie sind aber wegen der Schallemissionen auch die bei den meisten Menschen unbeliebteste Variante. Neue Windkraftanlagen sollen vorzugsweise da errichtet werden, wo sie auf Akzeptanz der Bevölkerung treffen. Nur ein Bruchteil des Windkraftpotenzials wird in Soest bisher genutzt, weshalb die Ausweisung weiterer Anlagenstandorte geprüft werden sollte. Die Abstandsregelungen zur Wohnbebauung dürfen nicht pauschal akzeptierte Standorte gefährden.

Mehr Photovoltaik- und Windkraft- anlagen

Wir möchten das Ökologische und das Soziale zusammenbringen. Ökologie und Klimaschutz darf kein Thema des Geldbeutels sein, denn sonst lassen wir einen Teil der Bevölkerung, nämlich den der sich klimafreundliches Handeln, ökologisch nachhaltiges Wohnen und klimaschonende Mobilität nicht leisten kann, zurück. DIE LINKE macht keine Politik für Besserverdienende!

Gesundheit für Jung und Alt

Das gute Leben in einer Stadt wird gewährleistet durch eine engmaschige Versorgung mit Pflege- und Gesundheitseinrichtungen. Die Pflegeangebote in Tagespflege, betreutem Wohnen, Heimen, Senioren Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäusern sind auszubauen und zu verbessern. Wir brauchen ein gutes Netz aus Beratungseinrichtungen und Begegnungsstätten sowie Mehrgenerationentreffpunkten für Jung und Alt sowie Hilfesuchende.

Das stadteigene Klinikum Stadt Soest ist ein Krankenhaus der Regel- und Grundversorgung. Es stellt sicher, dass Menschen in Soest alle grundsätzlichen Behandlungsmöglichkeiten und Dienstleistungen der Gesundheitsversorgung vor Ort in Anspruch nehmen können. Der Erhalt des Klinikums in kommunaler Hand hat höchste Priorität für DIE LINKE, denn Gesundheit ist keine Ware! Insgesamt lehnt DIE LINKE Privatisierung ab, denn Privatisierung ist Verschleuderung öffentlichen Eigentums! Die öffentliche Hand beraubt sich dadurch selbst ihrer politischen Handlungsfähigkeit. Bildung, Gesundheit, Wohnen, Kultur und Mobilität dürfen nicht den Marktgesetzen unterworfen werden. Öffentliches Eigentum ist die Voraussetzung für demokratische Gestaltung und Kontrolle.

**Keine
Privatisierung
des Klinikums**

**Gesundheit ist
keine Ware!**

Akzeptanz-orientierte Drogenpolitik

Wir sind für die kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln wie Kondomen durch Beratungsstellen und deren Kostenübernahme durch die Kommunen. Den Risiken und negativen Auswirkungen des Drogenkonsums kann man mit Mitteln des Strafrechts und der Kriminalisierung von Konsument*innen in keiner Weise effektiv begegnen. DIE LINKE tritt ein für eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik und die Legalisierung von Cannabis für Erwachsene. DIE LINKE ist für die staatlich kontrollierte Abgabe, den Anbau von Cannabis zum eigenen Gebrauch und lokale Modellprojekte zur kontrollierten Cannabisabgabe. Die Substitutionsbehandlung muss auch in der Stadt Soest gewährleistet bleiben.

Allen Kindern gleiche Chancen

Recht auf Chancengleichheit

Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume für eigene Erfahrungen, eine Umgebung, in der sie ihre Persönlichkeit selbstbestimmt entwickeln und entfalten können. Soziale Ungerechtigkeiten wirken auf Kinder am stärksten und beseitigen Lebenschancen schon von Anfang an. DIE LINKE sieht im politischen Kampf für die Rechte der Kinder - insbesondere das Recht auf wirkliche Chancengleichheit - eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Kindertageseinrichtungen wirken Familien begleitend und sind ein wichtiger Baustein für die Umsetzung realer Chancengleichheit im Bildungswesen. Daher fordert DIE LINKE bedarfsgerechte Kindertagesstätten, kleinere Gruppen und insbesondere den weiteren Aufbau der Ganztagsbetreuung. Für jedes Kind muss ein Betreuungsplatz zur Verfügung gestellt werden. Eltern müssen Berufsleben und aktive Kindererziehung miteinander vereinbaren

können. Dazu müssen gebührenfreie Kita-Plätze bereitgestellt werden. In einem ersten Schritt wollen wir die Beiträge für die unterste beitragspflichtige Einkommensgruppe bis 37.000 Euro abschaffen. Die volle Beitragsfreiheit für Geschwisterkinder soll künftig übergreifend für KiTa, Kindertagespflege, Offene Ganztagschule und die Verlässliche Schule von 8-1 gelten.

**Gebührenfreie
KiTa-Plätze**

Für die Rechte der Jugend

Jugendliche haben, wie Erwachsene, die Grundrechte auf Gleichstellung und Teilhabe. Sie können eigenständig und verantwortlich handeln. Dennoch wird die Jugendpolitik mit dem Verweis auf leere Kassen, seit Jahren vernachlässigt. Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe werden gekürzt. Die Folge ist mangelnde Gerechtigkeit beim Zugang zu Bildungs- und Freizeitangeboten und Ausbildung. Auch das Bildungs- und Teilhabegesetz hat wenig Verbesserung gebracht, da die Adressaten ihre Möglichkeiten zu wenig kennen und deshalb nicht in Anspruch nehmen. Jugendzentren sind ein wichtiger Bestandteil im Leben vieler Jugendlicher. Jugendliche brauchen einerseits Freiräume ohne Kontrolle, sind aber auch andererseits Hauptnutzer von Spiel- und Sportplätzen. DIE LINKE setzt sich für die Errichtung eines selbstverwalteten Jugendzentrums mit kostenlosen Übungsräumen, Werkstätten und Spiel- und Sporteinrichtungen ein, denn Jugendliche können selbst am besten artikulieren, was ihre Bedürfnisse und Wünsche sind. Um diesen Bedürfnissen und Wünschen ein Sprachrohr zu geben, setzt sich DIE LINKE seit Jahren für die Schaffung eines Jugendparlaments ein!

**Ausbau der
Jugendtreffs**

Jugendparlament

Eine Schule für alle

**gebundener
Ganzttag an
allen Schulen**

**kostenloses
Mittagessen
für alle
Schüler*innen**

**Zweite Gesamt-
schule**

DIE LINKE will, dass jedem Menschen in unserer Gesellschaft der Zugang zu Wissenschaft, Bildung, Kultur und Information ermöglicht wird. Bildung muss jedem Kind ermöglichen, sich seinen eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten entsprechend zu entwickeln und zu entfalten. Bildung muss unentgeltlich und unabhängig vom Einkommen der Eltern jedem Kind in unserer Gesellschaft gleichermaßen zugänglich sein. Grundschulbezirke müssen wieder eingeführt und so geschnitten werden, dass integrierte Schülerpopulationen entstehen. Das deutsche Bildungssystem trennt Kinder zu früh auf ihren Bildungswegen, ist unzureichend ausgestattet und bewirkt eine soziale Auslese. Wir kämpfen dafür, dass auch die Kinder in Soest wie die meisten Kinder in Europa eine gemeinsame Schule bis zum Ende ihrer Schulzeit besuchen. DIE LINKE will vor Ort das Schulsystem verbessern. Sie will „Eine Schule für alle“ über die kommunale Schulentwicklungsplanung erreichen und die vorhandene Gesamtschule weiter ausbauen. Die Sekundar- und Realschule sowie die Gymnasien sollen nach und nach zu einem gebundenen Ganztagsunterricht mit kostenlosem Mittagessen für alle Schüler*innen übergehen. Nach einer Übergangszeit sollen diese Schulen auslaufen und geschlossen werden und ihre Gebäude in weitere Gesamtschulen einbezogen werden.

Inklusion - gleichberechtigte Teilhabe

Inklusive Bildung

Rund 10 % der Bevölkerung leben mit anerkannten Behinderungen. Durch vielfältige Barrieren im Alltag, in Verkehrsmitteln, Arbeitsstätten, Bildungseinrichtungen und Behörden ist Teilhabe für sie nur eingeschränkt möglich. DIE LINKE

unterstützt das Recht aller Menschen auf volle Teilhabe und ein gutes Leben. Das schließt inklusive Bildung, reguläre Arbeit und selbstbestimmtes Wohnen in der Gemeinde ebenso ein wie Erholung, Kultur, Freizeitaktivitäten, Reisen und Sport. Hürden in baulichen, kommunikativen, rechtlichen und administrativen Bereichen sowie die Blockaden in den Köpfen gilt es zu überwinden und bestehende Barrieren in allen Lebensbereichen energisch abzubauen. Die Menschen mit Behinderungen müssen gehört und ihre Anliegen berücksichtigt werden. DIE LINKE setzte sich dafür ein, dass Maßnahmen und Ziele in einem Soester Aktionsplan zusammengefasst werden. Die bisher formulierten Ziele und die benötigten finanziellen Mittel müssen verbindlich festgelegt werden und für die Zukunft überprüfbar sein.

Barrierefreiheit

Integration - gleiche soziale und politische Rechte für alle

Es ist undemokratisch, eine große Zahl von Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in unserer Stadt haben, rechtlich zu Menschen zweiter Klasse zu machen. Die jahrzehntelange Verweigerung einer notwendigen Einwanderungs- und Integrationspolitik hat zu fortdauernden und kumulierten Benachteiligungen auch von jungen Menschen mit Migrationshintergrund geführt, die häufig aus Haushalten mit geringem oder keinem Erwerbseinkommen stammen. Das Erlernen der deutschen Sprache ist eine wichtige Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe am Berufsleben, an Bildung und Kultur sowie an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen. Die Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund sollte als Chance verstanden und gefördert werden. Deshalb möchte DIE LINKE eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive

Hilfen für Migrant*innen und Geflüchtete

Unterbringung in Wohnungen statt Massen- unterkünfte

für alle hier lebenden Menschen ohne deutschen Pass erreichen. Jegliche Abschiebep Praxis sollte beendet und verbindliche und einklagbare gute Standards für die Unterbringung und Versorgung schutzsuchender Menschen in Soest eingeführt werden. Perspektivisch muss die Unterbringung aller Geflüchteten in Wohnungen statt in Massenunterkünften erfolgen und Geflüchtete sollen vollen Zugang zur Gesundheitsversorgung bekommen. Integrations- und Sprachkurse für Geflüchtete sollen unabhängig vom Aufenthaltsstatus angeboten und die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen erleichtert werden.

Digitalisierung und Bildung

schnelles Internet in der ganzen Stadt

Eine digitale Stadt für alle bedeutet für DIE LINKE Partizipation und Stärkung der Demokratie für die Bürger*innen. Deshalb ist es enorm wichtig, dass wir unsere Stadt, unsere Daten und Sicherheit, unsere demokratische Kontrolle und öffentliche Ordnung sowie unseren Lebensraum zum Nutzen aller Bürger*innen selbst gestalten und neu denken. Eine digitale Stadt für alle muss von allen Menschen genutzt werden können, dies ist Voraussetzung für soziale, demokratische und ökonomische Teilhabe in der digitalen Gesellschaft. Ohne Zugang zum Internet und digitalen Diensten droht vielen Menschen die soziale Ausgrenzung. Die Verbindung zum Internet und zu den digitalen Angeboten ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, ähnlich wie Elektrizität und fließendes Wasser. DIE LINKE setzt sich für die Teilhabe aller an der Informationsgesellschaft ein und unterstützt die Einrichtung von kostenlosem W-LAN und Hotspots in der Soester Innenstadt und den städtischen Gebäuden.

kostenloses WLAN für alle

Lernen, auch das digitale, ist ein lebenslanger Prozess. Die KiTas, Schulen und Hochschule müssen die Möglichkeiten der Digitalisierung in der Bildung weiter ausbauen. In den letzten Wahlperioden sind die Finanzmittel für die Volkshochschulen durch die Landesregierung stark gesenkt worden. Das ist der falsche Weg! Da Wissen und Kompetenzen zu oft daran gemessen werden, inwieweit sie für den Arbeits- und Konsummarkt verwertbar sind, wird DIE LINKE insbesondere die einzige Weiterbildungseinrichtung unterstützen, die nicht in privater Hand liegt, die Volkshochschule.

**Digitalisierung
in der Bildung
(Schulen, KiTa,
FH, VHS)**

Kultur

Für DIE LINKE ist Kultur eine Grundlage persönlicher Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Teilhabe. Sie allen Menschen zugänglich zu machen, ist unsere zentrale Forderung. Eine hoch entwickelte kulturelle Infrastruktur und eine lebendige „Freie Szene“ erhöhen die Lebensqualität in unserer Stadt. Kulturförderung muss weiterhin Teil des kommunalen Selbstverständnisses sein. Museen, Büchereien, Musik- und Kunstschulen, Volkshochschule und Denkmalpflege müssen ausreichend finanziell ausgestattet sein. Deshalb setzt sich DIE LINKE konsequent für den Erhalt und die Förderung des Bürgerzentrums Alter Schlachthof ein. Kultur ist die Lebensgrundlage einer Gesellschaft und bedarf des Schutzes und der Förderung. Insbesondere Menschen mit geringen Einkommen, geringen Renten und Kinder, die von ALG II leben, sind von kultureller Teilhabe ausgeschlossen. Für uns stehen nicht einige, wenige Großereignisse im Jahr im Vordergrund, welche im Sinne städtischer

Freie Kulturszene

Kulturpolitik ist keine Wirtschaftspolitik

„Leuchtturmprojekte“ zahlungswillige Kunden nach Soest locken sollen, sondern die Förderung vieler kleiner Projekte und Einrichtungen, die für alle zugänglich sind. Für uns ist Kulturpolitik keine Wirtschaftspolitik.

Sport ist Beitrag für Gesundheit, Gemeinschaft & Teilhabe

Sport ist Lebensqualität

Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaft und kultureller Teilhabe - von einfachen Übungen im Vorschulalter, wie es von einigen Soester Sportvereinen angeboten wird, und dem Schulsport über sportliche Betätigung während der Berufsjahre bis hin zu qualifizierter Bewegung im Alter und infolge koronarer und anderer Erkrankungen sowie bei Handicaps. Die Sportvereine sind auch in Soest die Vereine mit den höchsten Mitgliederzahlen. Mehr als 1/3 der Menschen in Soest sind Mitglied in einem Sportverein. Diese Zahl macht deutlich, welchen Stellenwert der Sport in der Soester Bevölkerung hat. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Teilhabe am Sport inklusiv, also barrierefrei, und demokratisch organisiert ist. Wir setzen dabei auf kommunale Hilfestellungen über den Sportentwicklungs- und Investitionsplan, der seit 2012 vorliegt und dringend erneuert und aktualisiert werden muss.

Keine Hallennutzungsgebühren

DIE LINKE tritt dafür ein, dass auch in Zukunft keine Gebühren für die Nutzung kommunaler Sportstätten erhoben werden und für einen bezahlbaren Zugang zum AquaFun für Menschen mit geringem Einkommen.

Für eine kommunale Finanzpolitik, die den Menschen dient

Die Kommunen leisten viel für die Menschen: Schulen, Kindertagesstätten, Straßen, Radwege, Sozialarbeiter*innen, Sporthallen und kulturelle Einrichtungen müssen bezahlt werden. Der zentrale Grund für die oft schlechte Finanzsituation der Kommunen ist die ungerechte Steuerpolitik auf Bundesebene. Den Superreichen, ihren Banken und Konzernen wurden Steuergeschenke in Milliardenhöhe gemacht, die jedes Jahr in den öffentlichen Kassen fehlen. DIE LINKE will eine Steuerpolitik, die finanzschwache Haushalte sowie die Mittelschicht entlastet und das Geld von den extrem Reichen holt. Für die kommenden Jahre plant die Stadt mit tiefroten defizitären Haushalten. Haushalte mit Sozial- und Personalabbau wird DIE LINKE im Stadtrat ablehnen. Kürzungen bei Bildung, Sozialem und Kultur müssen tabu sein.

Um die fortschreitende Verschuldung der Stadt zu verhindern und ihre Handlungsfähigkeit sicherzustellen, muss die Gewerbesteuer erhöht werden. Viele Gewerbetreibende profitieren von den städtischen Ausgaben und sind Nutznießer einer guten städtischen Infrastruktur. Sie müssen deshalb über eine höhere Gewerbesteuer an den Kosten beteiligt werden. Welche Anträge und Maßnahmen in Zukunft auch im Hinblick auf die Corona-Krise angemessen sind, muss entschieden werden, wenn aktuelle Zahlen und Informationen auf dem Tisch liegen.

**Ungerechte
Steuerpolitik
auf
Bundesebene**

Reichensteuer

Listenplatz 1: Winfried Hagenkötter

Jahrgang: 1968, verheiratet

Beruf: Geschäftsführer des AStA der FH Münster

Direktwahlbezirk: #15, Gemeindehaus St. Bruno
& ehem. Landesbetrieb

Warum ich kandidiere: Als Bürgermeisterkandidat biete ich eine Alternative zur unsozialen Politik. Der soziale Wohnungsbau hat in Soest nicht den Stellenwert, den er bei dem knappen Wohnungsangebot haben müsste. Die Mieten gehen durch die Decke. Da besteht dringender Handlungsbedarf!



Kontakt: winfried.hagenkoetter@die-linke-soest.de

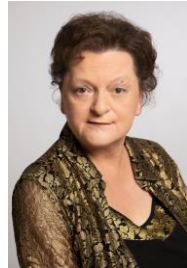
Listenplatz 2: Iris Fenzlein

Jahrgang: 1960, geschieden, 1 Kind

Beruf: Fachkinderkrankenschwester

Direktwahlbezirk: #2, Aldegrevener-Gymnasium

Warum ich kandidiere: Die konservative Mehrheit im Rat hat die Ausrufung des Klimanotstands verhindert. Dabei sind die Auswirkungen des Klimawandels immer spürbarer. Wir brauchen effektivere und stärkere Maßnahmen als bisher!



Kontakt: iris.fenzlein@die-linke-soest.de

Listenplatz 3: Yvonne Albrecht

Jahrgang: 1977, geschieden, 2 Kinder

Beruf: Konditoreifachverkäuferin

Direktwahlbezirk: #10, Klinikum Stadt Soest

Warum ich kandidiere: Jahr für Jahr müssen Schülerinnen und Schüler von der Hannah-Arendt-Gesamtschule weggeschickt werden, weil sie jährlich nur 120 Neuzugänge aufnehmen kann. Soest muss endlich eine 2. Gesamtschule erhalten!



Kontakt: yvonne.albrecht@die-linke-soest.de

Herausgeber:

DIE LINKE.

V.i.S.d.P.: Winfried Hagenkötter, Paderborner Landstr. 30, 59494 Soest
www.die-linke-soest.de